Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Girokonto & Comm. Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post einschließlich Vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 6gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verbindlichkeit für Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 87 | Dresden, Freitag den 15. April 1921 | 32. Jahrg.

Die englische Entscheidungsschlacht

Der Kampf, der gegenwärtig das gesamte soziale Leben Englands erschüttert, ist bei weitem der größte und folgenreichste, den das englische Proletariat seit Jahrzehnten ausgefochten hat. Er ist der englischen Arbeiterschaft von der jetzigen Regierung geradezu aufgezwungen worden. Ursprünglich eine einfache **Lohnfrage**, wächst er sich in seinen Folgen zum Kampf um die **Umgestaltung des Wirtschaftslebens** aus.

Während des Krieges hatte die englische Regierung eine Art Staatskontrolle über den Kohlenbergbau errichtet, die nicht allein Inlandpreise, sondern auch die Ausfuhrpreise für Kohlen bestimmte. Zugleich wurden auch die Löhne einheitlich geregelt. Durch die Absperrung Deutschlands während des Krieges und noch nachher, durch den Rückgang der Kohlenförderung in Deutschland, Frankreich und Belgien, hatte der englische Kohlenhandel auf dem Festlande eine Art Monopolstellung. Vor etwa einem Jahre hat sich darin jedoch allmählich eine **vollständige Wandlung** vollzogen. Die Kohlenbeförderung auf dem Festlande stieg ständig. Dann kam das Kohlenabkommen von Spa, das Frankreich und Belgien, im geringen Umfang auch Italien, von den englischen Kohlen unabhängig machte, ja schließlich den beiden erstgenannten Ländern ermöglichte, Kohlen auszuführen. Dann kam die amerikanische Konkurrenz. Nordamerikas Kohlenförderung hat die englische bereits überflügelt und — das ist der springende Punkt — die amerikanische Handelsflotte hat die englische an Tonnenhalt erreicht. Wohl fehlte es den Amerikanern an geschulten Seemannschaften, aber die Verträge mit der Hapag und dem Bremer Lloyd halfen diesem Mangel ab, so daß die amerikanischen Kohlen mit ihren geringen Förderungskosten den englischen eine erfolgreiche Konkurrenz auf dem europäischen Markt machten. Schließlich kam die **europäische Wirtschaftskrise** — eine direkte Folge der Friedensverträge, die die Kaufkraft Mitteleuropas auf ein Minimum herabgedrückt haben —, um den Zusammenbruch der englischen Kohlenausfuhr und darüber hinaus die Erschütterung der gesamten englischen Industrie herbeizuführen. Ende März gab es in England mehr als 1½ Millionen Arbeitslose, einschließlich die auf mehrere Millionen sich belaufende Zahl der Kurzarbeiter. Die industrielle Krise verschärfte natürlich die Krise im Kohlenbergbau.

Die englische Regierung hat dagegen als Hilfsmittel die sofortige Aufhebung der Finanzkontrolle über die Kohlenindustrie durchgeführt. Sie gibt als Grund an, daß es ihr nicht möglich sei, die Zuschüsse aus der Staatskasse zu leisten, die angesichts des Sturzes der Kohlenpreise notwendig wären, um die Bergarbeiterlöhne weiter zu zahlen.

Das ist aber nur ein Vorwand. Die englischen Bergarbeiter wären durchaus bereit, in eine notwendige Herabsetzung der Löhne einzuwilligen, da ja auch eine Verbilligung der Lebenshaltung eingetreten ist, aber unter der Voraussetzung, daß das bisherige System der nationalen Lohnregelung beibehalten wird. Denn je nach den Förderungskosten in den verschiedenen Kohlendistrikten würde bei der Rückkehr zur freien Privatwirtschaft die Ausbeutung der alten Kohlenfelder, die bereits sehr tief liegen, entweder unrentabel werden, oder die Löhne müßten dort ganz außerordentlich herabgesetzt werden. Darüber hinaus verlangen die Bergarbeiter, und mit ihnen alle in der englischen Arbeiterpartei vereinigten Gewerkschaften, daß die englische Regierung in ihrer Außenpolitik **einen andern Kurs** einschlage, weil durch das jetzige System Mitteleuropa zum Unterkonsum und zum Lohndrücker verurteilt werde und die englischen Arbeiter gezwungen würden, diese gegenseitige Unterbietung mitzumachen.

Der Ausgang des Streiks der englischen Bergarbeiter ist also von großer Bedeutung für die gesamte englische Arbeiterklasse. Unterliegen die Bergarbeiter, dann können die Folgen dieser Niederlage für die andern Industriearbeiter nicht ausbleiben. Die Erfolge der letzten drei Jahre würden wieder vernichtet, das System des ungehemmten Privatkapitalismus aufs neue verankert werden. Das haben die englischen Arbeiter sehr wohl begriffen und daher erklärt sich die große Solidaritätsbewegung, die dem Streik erst ihre Größe und Tragweite gibt. Aber auch die englische Bourgeoisie hat begriffen, daß ein Sieg der Arbeiter die Bahn zum Sozialismus freimachen würde.

Aus den schon angeführten Ursachen hat der Streik auch **internationale Bedeutung**. Gelingt es Lloyd George, die englischen Bergarbeiter und damit die englische Arbeiterklasse niederzuknüppeln, dann wird er seine wackligen Herrschaft durch neue, **wirtschaftliche Khakiwahlen** wieder festigen. Siegen aber die Bergarbeiter, dann wird das nicht ohne außenpolitische Folgen bleiben. Mit der Wirtschaftspolitik der englischen Regierung steht und fällt ihre Außenpolitik. Mit ihr steht und fällt der Wiederaufbau Europas nach imperialistischen oder nach sozialistischen Grundsätzen.

Ein Manifest des Dreiverbandes

London, 15. April. Der Dreiverband hat ein Manifest veröffentlicht, worin der Streikbeschluß verteidigt wird. Er erklärt, daß der Dreiverband nicht Revolution ausrufe und schließt mit den Worten: Der Verband **fechte für das Fachvereinigungsrecht.**

Lloyd George zu den Arbeiterführern

London, 15. April. Auf der ergebnislos verlaufenen Konferenz zwischen Lloyd George und den Führern der Eisenbahner- und Transportarbeiter, in der der Arbeiterführer Thomas erklärte, er sehe keine Hoffnung für eine Regelung, sagte Lloyd George u. a., die Frage der Wiedererrichtung der Staatskontrolle über die Kohlenindustrie müsse durch politische Agitation und nicht durch Streiks geregelt werden. Das Parlament dürfe nicht durch die Drohung einer **Lahmlegung des gesamten Lebens** des Staates erschüttert werden.

Der Premierminister fragte: Angenommen, ihr könntet den Staat aushungern, was hätet ihr dann davon? Es bestehe nur ein Weg, um die Nationalisierung durchzusetzen: Ihr müßt die Frage der Nation unterbreiten. Aushungern ist nicht eure einzige Waffe. Ihr habt genau dieselben Waffen wie früher: die Waffen der Ueberzeugung, der Ueberredung, der Beweisführung und der Vernunft. Ihr könnt es der Nation überlassen, zu entscheiden. Ihr habt euern Plan, wir haben unsern. Legt ihn der Nation vor; wir werden gleichfalls unsern der Nation unterbreiten. Wenn die Nation entscheidet, daß euer Plan der richtige ist, warum wollt ihr dann euer Volk aushungern, um etwas zu erreichen, was ihr durch Vernunft erreichen könnt, wenn die Vernunft auf eurer Seite ist?

Wenn sie nicht auf eurer Seite ist, warum wollt ihr dann die Nation durchaus zwingen, sich der Unvernunft zu ergeben? Die große Mehrheit des Volkes, an das ihr appelliert, sind Arbeiter. Wenn die Arbeiter gegen uns sind, dann haben wir keine Aussichten. Ich glaube, zwei Drittel der Wähler dieses Landes bestehen aus Arbeitern und ihren Frauen. Wenn die Arbeiter dieses Landes zugunsten eures Nationalisierungsplanes sind, dann besteht nichts, was ihn aufhalten kann. Aber ihr müßt sie überzeugen. Ihr müßt sie überreden, daß die Nationalisierung das Richtige in ihrem Interesse ist. Wir werden sagen: Es ist nicht in ihrem Interesse. Wir würden sagen: Es wird ihnen Schaden zufügen. Ihr werdet sagen: Es wird ihnen Vorteil bringen. Das ist die Streitfrage, die den Arbeitern dieses Landes gerechterweise unterbreitet werden muß.

Der Arbeiterführer Gosling erklärte auf der Konferenz, es handle sich um einen **industriellen Streik** und nicht um einen **politischen**. Thomas sagte, der Kampf würde zur Folge haben, daß der Nation unübersehbarer Schaden zugefügt werde. Ganz gleich, welche Seite gewinne, die Nation werde unvermeidlicherweise verlieren. Thomas erklärte wiederholt: Wir sind **keine Revolutionäre**; wir wünschen keine Revolution.

Stegerwalds Absichten

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 15. April. Wie wir erfahren, machte Stegerwald den hiesigen Koalitionsparteien folgende Mitteilung, daß er unter den Dingen nicht tun werde: weder ein Kabinett, das als das alte angesehen werden könnte, zu bilden, noch seine Mission als gescheitert anzusehen. Als positiven Vorschlag bezeichnete er, ein Geschäfts- und Uebergangsministerium zu bilden und Stegerwald, Severing und Fischbeck, die übrigen Ministerien sollen mit republikanischen Beamten besetzt werden.

Ein Optikerstreik

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 15. April. In Rathenow, das eine große optische Industrie besitzt, ist ein Optikerstreik ausgebrochen. Die gesamte Arbeiterschaft befindet sich im Ausstand oder ist ausgesperrt worden. Der Grund des Streiks sind Lohnstreitigkeiten, über die schon seit Anfang Februar ohne Ergebnis verhandelt worden ist. In den letzten Tagen ist es wiederholt in einzelnen Betrieben zu Ausschreitungen gekommen, da die Arbeiter die Angestellten gewaltsam an der Aufnahme ihrer Beschäftigung zu verhindern suchten.

Erzberger taucht auf

München-Gladbach, 15. April. Der Reichstagsabgeordnete Erzberger sprach hier vor einer etwa 3000 Personen zählenden Versammlung über den christlichen Solidarismus. Bei der großen Mehrheit der Versammlung fand der Redner ungeteilten Beifall. Im Laufe der Aussprache kam Erzberger auch auf die Vorgänge beim Abmarsche des Waffenstillstandes und auf das Eingreifen des Generals Ludendorff bei seiner Einleitung zu sprechen.

Spitzel und Schandbuben

„Wir beweinen mit euch die als Helden gefallenen Opfer des proletarischen Befreiungskampfes. Wir gedenken mit euch in brennendem Zorn der Leiden der inhaftierten Genossen, die jetzt der trockenen Guillotine der demokratischen Standgerichte ausgeliefert werden. Der erste Ansturm der Vortruppen des deutschen Proletariats ist abgeschlagen . . . Die Kommunistische Internationale sagt euch: Ihr habt richtig gehandelt! . . . Rüstet zu weiteren Kämpfen, prüft die Erfahrungen eures Kampfes . . .“

Wir haben wenig Hoffnung darauf, daß die Kommunisten, wie es in den vorstehenden Sätzen aus dem Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale „an die revolutionären Arbeiter Deutschlands“ heißt, die Lehre aus dem letzten Putsch ziehen werden, wir glauben vielmehr, daß sie der Aufforderung zu neuen Kämpfen zu rüsten unbedenklich Folge leisten und immer wieder neues Blut für Moskau vergießen werden. Und doch erscheint es nicht nur uns, sondern selbst hervorragenden Kommunisten durchaus notwendig, sehr bittere Lehren aus dem Märzaufstand zu ziehen. Paul Levi, der vor einiger Zeit auf Gebot Moskaus gegangen gewordene Vorsitzende der deutschen Kommunisten, hat, wie bereits berichtet, soeben im Verlag von Seehof und Kompanie eine aufsehenerregende Broschüre verteilen lassen, die den Titel führt: „Unser Weg — wider den Putschismus!“ Was Levi hier über den Märzputsch sagt, ist so wahr, und vor allen Dingen so ungeheuer wichtig, daß kein Arbeiter versäumen sollte, diese Broschüre zu lesen. In Hunderttausenden von Exemplaren müßte man sie unter der Arbeiterschaft verteilen, um ihr an Hand von Aussagen hervorragender Kommunisten zu zeigen, daß der Weg der V. K. P. D. geradeswegs ins Verderben hineinführt. Es ist leider nicht möglich, auf diesem Raum all das abzudrucken, was notwendig wäre. Wir wollen uns daher mit der Wiedergabe einiger besonders wichtiger Stellen, vor allen Dingen aber mit dem Abdruck des harten Urteils, das Levi über die Schuldigen fällt, begnügen.

Levi stellt zunächst fest, daß der erste Anstoß zum Märzputsch nicht aus der deutschen Partei kam. Es lag „ein gewisser starker Einfluß auf die Zentrale vor, jetzt, sofort und um jeden Preis in die Aktion einzutreten“. Wie die Notwendigkeit zum Eintritt in die Aktion in der Sitzung des Zentralausschusses vom 17. März begründet wurde, ist, nach dem was Levi aus dieser Sitzung mitteilt, geradezu unverantwortlich. Er sagt selbst nach der Zitierung eines „verantwortlichen Redners“, daß in jeder Partei, die etwas auf sich hält, ein Mann, der, wie in diesem Falle geschehen, behauptet, in der Zeit von Mitte Februar bis Mitte März 1921 hätten sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten verschärft, die Gegensätze zwischen England und Amerika sich geschärft, daß „wir in Kürze vor einem englisch-amerikanischen Krieg stehen, statt in die Leitung der Partei, in den Kampf einer Kalkwaßergesellschaft gebracht werden müßte. In dieser fraglichen Sitzung führte ein anderes verantwortliches Mitglied aus, daß das, was die Zentrale jetzt vorschlage, ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit sei. Sicher hätten wir die Taktik, oder vielmehr sind wir gezwungen gewesen zu der Taktik, daß wir die Dinge an uns herankommen ließen, und sobald eine Stimmung gegeben war, in dieser Situation unsere Entschlüsse faßten. Jetzt sind wir so stark und die Situation ist so verhängnisschwanger, daß wir daran gehen müssen, das Geschick der Partei und der Revolution selbst zu zwingen . . . wir können die Verhältnisse außerordentlich verschärfen, dadurch, daß wir im Scheinkampf die Massen zum Streik führen, die die Differenzen zwischen der Entente und der deutschen Regierung außerordentlich verschärfen müssen. In bezug auf Bayern sagte derselbe Redner: „Wir haben durch unsere Tätigkeit dafür zu sorgen, daß dieser Bruch kommt, wenn es sein muß durch Provokation der Einwohnerwehren.“ Dazu sagt Levi: „Das Mittelalter, das den Bruch mit der Vergangenheit der K. P. D. bedeutet, ist die Auffassung, man könne die Kampfstimmung doch schaffen durch unpolitische Mittel, durch Polizeischikanen, durch Provokationen.“ Zum Beweise dafür führt Levi wiederum aus einer Sitzung des Zentralausschusses während des Putsches einige Redner an, die dafür eintreten, „einen geschickten Schlag einzutreten, Konflikte zu erzeugen, die Sache zu reizen, die konterrevolutionären Elemente zu reizen. Wenn es uns gelingt, mit diesen Mitteln die Bewegung zu erzeugen (! Der Verfasser), wird es zu Zusammenstößen kommen.“ An diese Zitate knüpft Levi die Bemerkung, es sei in der Tat „ein völliger Bruch mit der Vergangenheit, daß die Kommunisten arbeiten sollen wie Agitprovokateuren, daß sie den Mord ihrer Brüder provozieren sollen.“

Nachdem Levi weiter versucht, den Beweis zu führen, daß Kindersache die Bewegung „führten“, und daß die Zentrale „nicht einmal die simple Kunst“ jenes Judlamentshändlers gezeigt hat, der, um seine Allmacht zu erweisen, jeden Morgen vor Sonnenaufgang vor sein Zelt trat und sagte: „Sonne, geh du den Weg, den ich dir weise, schildert er sehr eingehend den Krieg der Kommunistischen Partei gegen die Arbeiter und bespricht dann die weitere Tätigkeit der Zentrale. Diese entschied sich für „Steigerung der Aktion“. Zu den Toten im Mansfeldischen und in Hamburg kamen die Toten in Halle. Auch sie brachten nicht die „Stimmung“. Nach den Toten in Halle kamen die Toten in Essen. Aber die „Stimmung“ blieb aus. Nach den Toten in Essen kamen die Toten in Mannheim, aber noch immer keine „Stimmung“. Man wird nervös in der